

- Alte, ertragsschwache sowie einzelne abgestorbene Bäume sollen möglichst lange erhalten werden.
- Stammvegetation wie z.B. Flechten, Moose und Kletterpflanzen sollten nicht entfernt werden.
- Vogelnisthilfen sollen, wenn möglich, angebracht werden.
- Nachpflanzen von langlebigen, großkronigen Hoch- und Halbstämmen.

## **2.2 Nicht zuschußfähig sind Streuobstwiesengrundstücke, die**

- eingefriedet sind
- überwiegend verbuscht sind
- offensichtlich intensiv der Naherholung dienen (Pkw-Abstellplatz, Feuer- bzw. Grillstelle, Terrassenanbau vor der Geschirrhütte usw.)
- durch einen hohen Anteil von standortuntypischen Ziergehölzen auffallen

## **2.3 Verfahren**

Die Pflegegelder werden auf Antrag gewährt. Der Antrag sollte bis spätestens 1. März des Jahres, für das Pflegegelder beantragt werden, bei der Gemeindeverwaltung eingereicht werden.

Für Folgeanträge ab 2. Jahr ist ein Sammelantrag mit den eingetretenen Veränderungen zu stellen.

Die Auszahlung der Zuschüsse erfolgt jährlich zum 1. Dezember.

Eine Antragstellung ist erst ab 15 hochstämmigen Obstbäumen je Bewirtschafter möglich. (Dies gilt nicht für die Regelung über Solitäräume.)

## **3. Sonstige Förderungsvoraussetzungen**

Die Leistungen haben freiwilligen Charakter. Die Gewährung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt. Zuschüsse Dritter für denselben Förderungszweck werden angerechnet.

## **4. Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am 15.5.1991 in Kraft und gilt für das Jahr 1991.

**Anträge können ab sofort bis 1. Juli 1991 in der Telefonzentrale im Rathaus, Zimmer 1, abgeholt werden.**

## **Ausflug der Gemeindebediensteten**

Am Freitag, dem 31. Mai 1991 findet für die Bediensteten der Gemeinde der diesjährige Ausflug statt. An diesem Tag bleiben folgende Einrichtungen geschlossen

Kindergarten "Hülbe"  
Ortsbücherei

Das Rathaus ist zu den üblichen Sprechzeiten von 8.30 bis 12.00 Uhr geöffnet. Wir bitten um Beachtung.

## **Äcker und Wiesen nicht betreten**

Immer häufiger klagen Landwirte darüber, daß Spaziergänger ohne Rücksicht auf die Vegetation über bewirtschaftete Felder gehen. Es scheint den Erholungssuchenden nicht bewußt zu sein, daß sie mit dem Drang zur Natur landwirtschaftliche Kulturen und damit wiederum die Natur zerstören.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die freie Landschaft, solange die Felder genutzt werden, nur auf den Feldwegen betreten werden darf. Als Nutzzeit gilt nach § 37 des Naturschutzgesetzes die Zeit zwischen Saat und Ernte, bei Grünland die Zeit des Aufwuchses bzw. der Nutzung als Weide. Sonderkulturen, insbesondere Flächen, die dem Garten-, Ob-

st- und Weinbau dienen, dürfen ohnehin nur auf Wegen betreten werden.

**Auch Hundehalter und Reiter werden gebeten, mit ihren Tieren in der Feldflur auf den Wegen zu bleiben.**

Bei Nichteinhaltung muß mit einer Anzeige nach § 64 Abs. 12 Ordnungswidrigkeiten gerechnet werden.

## **Öffentliche Bekanntmachung**

### **Inkrafttreten des Bebauungsplanes "Nordöstliche Stiegelstraße"**

Das Landratsamt Ludwigsburg hat den vom Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen am 12.12.1990 in öffentlicher Sitzung als Satzung beschlossenen Bebauungsplan "Nordöstliche Stiegelstraße" mit Erlaß vom 10.5.1991, Az: 201-621.41 Wa/Ha aufgrund von § 11 BauGB genehmigt.

Der Planbereich wird begrenzt:

im Nordosten: durch die Bundesstraße 10

im Norden durch den Feldweg 385/2

im Süden: durch die Nordgrenze der Stiegelstraße

im Westen: durch die Ostgrenze des Flst. 2177 (Stiegelstraße 29)

Maßgebend ist der Lageplan des Bebauungsplanes in der Fassung vom 10.8.1989 mit Änderungen vom 23.3.1990 / 20.8.1990 und 22.10.1990.

**Der Bebauungsplan "Nordöstliche Stiegelstraße tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 12 BauGB).**

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, Zimmer 104, 1. OG, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Fassung vom 8.12.1986 (Bundesgesetzblatt I, Seite 2253) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der og. Verfahrens- und Formschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3.10.1983 (Gesetzblatt Seite 578), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18.5.1987 (Gesetzblatt Seite 161) gilt der Bebauungsplan - sofern er unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder auf Grund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes verletzt worden sind,

2. der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

Schwieberdingen, den 24. Mai 1991  
Bürgermeisteramt